PB.I-01-547-2

Kapitel 6: International zusammenarbeiten

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Sylvia Dorn (KV Ortenau)

Änderungsantrag zu PB.I-01

Von Zeile 546 bis 551:
traditionellen Sicherheitsbegriff um die menschliche Sicherheit und rücken damit die Bedürfnisse von Menschen in den Fokus. ~~Den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) gilt es zu stärken. Die personellen und finanziellen Mittel für zivile Krisenprävention sollten gezielt erhöht und langfristig planbarer werden.~~Eingedenk unserer deutschen geschichtlichen Verantwortung wollen wir mit der Schaffung eines Ministeriums für Zivile Sicherheitspolitik einen neuen Impuls für den Frieden setzen. Wir schaffen eine Institution, die gleichwertig neben das für militärische Sicherheit zuständige Verteidigungsministerium gestellt wird. Dadurch erreichen wir für die zivile Konfliktprävention und -lösung eine bessere Planbarkeit aller personellen und finanziellen Mittel unter einem Dach, verleihen ihr gesamtgesellschaftlich ein neues Gewicht und international eine größere Sichtbarkeit. Auf EU-Ebene gilt es, den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) und die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu stärken. Wir wollen eine permanente und schnell einsatzbereite Reserve an EU-Mediator*innen und Expert*innen für Konfliktverhütung, Friedenskonsolidierung und Mediation

Begründung

Militärische Konfliktlösungen sollen nach dem überwiegenden Wunsch aller Bürger*innen und Politiker*innen nur als allerletztes Mittel eingesetzt werden. Das bedeutet, dass die zivile Konfliktprävention und –lösung das erste Mittel sein muss, nicht nur theoretisch, sondern auch in ihrer praktischen Ausgestaltung. Sie darf in ihrer Sichtbarkeit, in ihrer Planbarkeit und Finanzierung nicht derartig im Schatten des Verteidigungsministeriums stehen. Sie braucht eine ebenbürtige Institution, die sichtbar macht, was uns Frieden tatsächlich wert ist.

Bewaffnete Auseinandersetzungen führen überall zu schwersten Menschenrechtsverletzungen, aktivieren die schlimmsten Triebkräfte bei den meist männlichen Waffenträgern, die sich brutal gegen die Zivilbevölkerung richten und Frauen und Kindern besonders schaden. Sie schaffen endlose Ströme flüchtender, traumatisierter Menschen, destabilisieren die umgebenden Länder und Regionen und vergiften die internationalen Beziehungen als auch die physische Lebenswelt.

weitere Antragsteller*innen

Eberhard Müller (KV Ortenau); Walther Moser (Freiburg KV); Mirjam Gutheil (KV Böblingen); Martin Pilgram (KV Starnberg); Juni Schandl (KV Ortenau); Norbert Großklaus (KV Ortenau); Beate Hoeft (KV Ettlingen); Achim Jooß (KV Ortenau); Benjamin Bürstner (KV Ortenau); Holger Eschmann (KV Reutlingen); Benigna Bacher (KV Ortenau); Hermann Steppe (KV Ortenau); Joachim Eitel (KV Ortenau); Melanie Kraus (KV Aalen-Ellwangen); Nicole Heger (KV Karlsruhe-Land); Elvira Schäffer-Hornbach (KV Freudenstadt); Maya Wulz (KV Böblingen); Sabine Barke (KV Lörrach); Franziska Hilfinger (KV Lörrach)